

Haushaltsrede der CDU-Fraktion im Kreistag Heinsberg

17. Dezember 2024

Harald Schlößer für die CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg. Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Gäste und Vertreter der Medien!

Bei meiner letzten Haushaltsrede am 19. Dezember 2023 habe ich mit den Überschriften in der Presse aus den vergangenen Wochen und Monaten begonnen und bin auf die aktuelle Situation eingegangen: „Deutschland schmiert ab“ – „Auf die Inflation folgt die Rezession“ – „Lage für Deutschland besonders düster“. Die Folgen der Coronapandemie, die Klimakrise, die Inflation, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der erstarkende Rechtspopulismus und Antisemitismus: Wir sahen uns nicht mit einer, sondern gleich mit multiplen Krisen konfrontiert. Auch die Aufstellung des Haushaltsplans 2025 erfolgt zu einem Zeitpunkt, der maßgeblich durch die unsichere sozioökonomische Lage geprägt ist.

Mit der Vertrauensfrage besiegelte Olaf Scholz das unrühmliche Ende einer Koalition, die das Land in wirtschaftlicher und politischer Krise hinterlässt. Was mit großem Hochmut als „Fortschrittskoalition“ gestartet war, hat den Menschen und dem Land viel Ungemach gebracht. Die Ampel-Regierung ist am Ende – und fiel während ihrer Amtszeit meist mit Streitigkeiten auf.

Die Wirtschaftsweisen, Deutschlands wichtigstes Beratergremium für Wirtschaftsfragen, zerreißen die Politik der Bundesregierung und warnen vor anhaltendem Abschwung 2024 und minimalem Wachstum 2025. Deutschland stagniert und Deutschland wird laut Prognose der OECD im nächsten Jahr langsamer wachsen als jede andere Industrienation. Die wirtschaftliche Lage ist katastrophal.

Warum erzähle ich Ihnen das alles, wenn es doch heute um den Haushaltsentwurf des Kreises Heinsberg für 2025 geht? Die Wirtschaft, insbesondere die mittelständische Wirtschaft ist eine Stärke von Deutschland und verantwortlich für einen großen Teil unseres Wohlstands. Die Ergebnisse der Steuerschätzung lässt alle Alarmglocken schrillen. Auf absehbare Zeit wird das Wachstum der Steuereinnahmen größtenteils nur noch die Inflation ausgleichen können.

Wir sind aufgrund der niedrigen Wachstumsprognosen zum Sparen gezwungen. Für zusätzliche Aufgaben und Ausgaben besteht kaum noch Spielraum – im Bund, im Land und vor allem bei uns in den Kommunen.

Ob das Lösen der Schuldenbremse auch unsere Probleme im Land löst, darüber ist nicht nur in der Politik und in der Wirtschaft eine heftige Debatte entbrannt. Die Fragen, ob wir die Schuldenbremse in Deutschland abschaffen oder ob die Schuldenbremse gut oder schlecht für Deutschland ist, verlieren doch vollkommen an Wert, wenn man das Rumgeeiere mit Ausnahmeregelungen und Sondervermögen sieht, um Investitionen und Ausgaben tätigen zu können. Wenn man auf Bundes- oder Landesebene sagt, wir haben einen ausgeglichenen Haushalt, dann kann man sich gerne dafür auf die Schulter klopfen. Aber dadurch, dass die kommunale Ebene nicht einbezogen wird, verlagern doch der Bund und das Land Belastungen direkt oder indirekt auf Kreise, Städte und Gemeinden. Und zwar entgegen ihrer verfassungsrechtlichen Ausgleichsverpflichtung oder wie es immer gerne auch genannt wird – entgegen dem Konnexitätsprinzip.

Generell besteht ein eklatantes, strukturelles Ungleichgewicht zwischen der Aufgaben- und Ausgabenlast der kommunalen Ebene an den gesamtstaatlichen Aufgaben, die 25 % beträgt, und dem Anteil der Kreise, Städte und Gemeinden am Steueraufkommen von lediglich 14 %. Diese Lücke muss zwingend geschlossen werden.

Ohne Stopp des Ausgabewachstums und einer Stärkung der kommunalen Einnahmehasis droht den kommunalen Haushalten der Kollaps. Die Kreise, die Städte und die Gemeinden fahren auf Verschleiß und unter dem Strich leidet die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger.

Unser Kreiskämmerer Daniel Goertz hatte es bei der Einbringung des letzten Haushaltsplans 2024 anschaulich formuliert. Die sieben fetten Jahre sind vorbei und es drohen sieben Jahre des Mangels und der Hungersnot mit schlechten Ernten. So wie es aktuell aussieht, halten wir keine sieben Jahr mehr durch, sondern werden im dritten Jahr verhungert sein.

Nur durch eine vorausschauende Finanzpolitik und das Prinzip des konservativen Ansatzes steht es bei uns noch nicht so schlimm wie bei vielen anderen Kommunen im Land und im Bund. Das liegt aber auch insbesondere darin begründet, weil wir nicht ideologisch motivierte Finanzausgaben tätigen, sondern stets rational und nach einer abwägenden Chancen-Risiko-Bewertung handeln.

Kommen wir zu den konkreten Zahlen für das Haushaltsjahr 2025:

Die Umlagegrundlagen der Kommunen als Summe aus Schlüsselzuweisungen und der eigenen Steuerkraftmesszahl steigen erneut an. Davon profitieren in erster Linie die Städte und Gemeinden; die Schlüsselzuweisungen an den Kreis sinken um rund 97.000 €. Die allgemeine Kreisumlage erhöht sich auf 156,745 Mio. €. Der Hebesatz sinkt auf 34,44 % und bleibt damit nahezu gleich.

Zum Erreichen des Haushaltsausgleiches und zur Entlastung der kreisangehörigen Kommunen wurde planerisch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 18,883 Mio. € berücksichtigt. Mit einer Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in dieser Rekordhöhe gehen wir an die Grenzen dessen, was wirtschaftlich vernünftig und vertretbar ist – aber im Sinne unserer kreisangehörigen Städte und Gemeinden ist diese Maßnahme alternativlos. Unser Kreiskämmerer hat es im Benehmensverfahren deutlich formuliert, die Erhöhung der Kreisumlage um 6,745 Mio. € stellt die kreisangehörigen Kommunen vor große Herausforderungen – jedoch sind nahezu alle dargestellten Verschlechterungen im Kreishaushalt von uns aus nicht maßgeblich zu beeinflussen.

Die Landschaftsumlage steigt um 6,898 Mio. Euro. Damit der LVR diese Steigerung auch planerisch erreichen kann, will er seine Ausgleichsrücklage bis 2026 aufzehren und erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternehmen. Es ist in der Tat schmerzlich, wie in einer Pressemeldung des LVR zu lesen war, dass der „Tag der Begegnung“, ein Familienfest für Menschen mit und ohne Behinderung, auch 2026 auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD ausgesetzt wird. Wenn man aber das prognostizierte Defizit von bis zu 125 Mio. Euro im LVR-Haushalt für das laufende Jahr sieht und weiß, dass damit die Ausgleichsrücklage weitestgehend aufgezehrt sein wird, dann ist dies vor dem Hintergrund der angespannten

Haushaltslage der Mitgliedskörperschaften eine konsequente und leider auch die einzig richtige und solidarische Entscheidung der Landschaftsversammlung Rheinland.

Im Produktbereich 05 steigen die Sozialen Leistungen um 12,953 Mio. Euro.

Im kreisangehörigen Raum – wie bei uns im Kreis Heinsberg – sind die Kreise Träger der örtlichen Sozialhilfe. Damit tragen kreisangehörige Gemeinden zu einem wesentlichen Teil die Soziallasten nicht durch direkte eigene Aufwendungen, sondern indirekt über die Kreisumlage. Die dramatische Entwicklung bei den Sozialkosten und die Mindereinnahmen bei den Zuweisungen führen leider seit Jahren in diesem Produktbereich zu stetig steigenden Werten.

Das ÖPNV-Defizit erhöht sich um 3,69 Mio. Euro. Hier machen sich steigende Aufwendungen in Folge hoher Tarifabschlüsse bemerkbar. Ferner sieht der einstimmig beschlossene Wirtschaftsplan der WestVerkehr u. a. eine Ausweitung des Fahrplanangebotes und die Anschaffung von zwölf Brennstoffzellenbussen sowie Investitionen in deren Infrastruktur vor. Alles zukunftssträchtige Investitionen, die wir als CDU-Fraktion uneingeschränkt unterstützen. Gerade in einem Flächenkreis ist ein gutes ÖPNV-Angebot wichtig. Der öffentliche Nahverkehr braucht finanzielle Mittel, damit er eine attraktive, bezahlbare und für alle zugängliche Alternative zum Auto werden kann. Natürlich müssen wir uns kontinuierlich anschauen und prüfen, ob unsere Maßnahmen Erfolg haben und ob die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Heinsberg das Angebot auch stärker nutzen. Wir sind davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Heinsberg bereit sind für eine Mobilitätswende – weg vom Auto hin zu mehr öffentlichem Nahverkehr. Wenn wir mehr Fahrgäste für den ÖPNV und SPNV gewinnen wollen, dann muss das Ziel der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sein. Ein günstiges Ticket nutzt wenig, wenn das Angebot nicht stimmt.

Kommen wir zum Personal und somit zu einem „Reizthema“ der Kommunen bei jedem Haushaltsentwurf.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen im Bereich der allgemeinen Kreisumlage steigen um 2,468 Mio. €. Hier schlagen insbesondere Tarif- und Besoldungserhöhungen zu Buche. In dem Schreiben „Benehmensverfahren zur Festsetzung der Kreisumlage“ an die Bürgermeister

der Städte und Gemeinden steht der kurze Satz: „Der Entwurf des Stellenplans sieht aus Rücksicht auf die finanzielle Situation der kreisangehörigen Kommunen für das Jahr 2025 keine Stellenmehrungen vor.“

Wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass wir die hohe Bereitschaft der Verwaltung anerkennen, den Stellenplan zu deckeln. Gleichzeitig sind wir uns darüber bewusst, dass dies für die gesamte Verwaltung eine Belastung darstellt und möglicherweise für die Bürgerinnen und Bürger auch die Reduzierung von Standards bedeuten kann. Aber ähnlich wie bei den Konsolidierungsanstrengungen im LVR, in den Städten und in den Gemeinden müssen auch wir – und die Kreisverwaltung – schmerzliche Entscheidungen treffen. Hierbei werden wir als CDU-Fraktion der Verwaltung den Rücken stärken! Wir sind optimistisch, dass der von der Verwaltung beschrittene Weg eines professionellen Prozessmanagements – unterstützt durch ein Controlling, das sensibel auf alle Veränderungen reagiert und Schwachpunkte erkennt – weiter erfolgreich gegangen wird und damit mögliche Effizienzen bestmöglich gehoben und somit die negativen Auswirkungen reduziert werden können.

Im Zusammenhang mit Personalaufwendungen möchte ich jedoch an dieser Stelle eine Bitte an den gesamten Kreistag richten. Gemäß § 12 unserer Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Heinsberg ist jedes Kreistagsmitglied berechtigt, Anfragen über Angelegenheiten des Kreises, die nicht auf der Tagesordnung stehen, an den Landrat zu richten. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Kreistag, selbstverständlich sind Anfragen an die Verwaltung ein wichtiges Recht der Kreistagsmitglieder. Es ist bewundernswert, mit welcher Akribie die Verwaltung inhaltlich detailliert und ausführlich Stellung nimmt. Das zeugt von der einwandfreien Arbeitseinstellung, die in diesem Hause herrscht. Verdient haben das einige Anfragen aus unserer Sicht aber nicht, da wäre eine kurze, prägnante Antwort „nicht unsere Zuständigkeit“ manches Mal gerechtfertigt gewesen.

Ich betone erneut – Anfragen an die Verwaltung sind ein wichtiges Recht der Kreistagsmitglieder. Aber – und das sollten Sie in einem Abwägungsprozess berücksichtigen, diese binden wertvolle Ressourcen in der Verwaltung, die wie bereits erwähnt „begrenzt“ sind. Die Menschen in unserem Kreis erwarten von uns Antworten und nicht nur Anfragen.

Durch Anfragen erhält man Informationen, durch Anträge kann man bewegen!

Wir als CDU-Fraktion sehen es als unsere primäre Aufgabe an, den Kreis Heinsberg weiterzuentwickeln und voranzubringen.

Unsere Anträge in dieser Wahlperiode haben etwas bewegt und unseren Kreis Heinsberg vorangebracht:

- Fachkräftesicherung durch Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Verbindung mit der Erarbeitung eines Konzeptes zur Erkundung und Unterstützung von Unternehmen bei der „betrieblich unterstützten Kinderbetreuung“
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Weiterentwicklung der Landschaft im Sinne von Nachhaltigkeit und Klimaschutz
- Wasserstoff-Modellregion / Klimafreundliche Verwaltung
- Teilnahme an dem Projekt „Global Nachhaltige Kommune NRW“, damit wir für unseren Kreis eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln können
- Einrichtung einer Stabsstelle „Nachhaltigkeit“ in der Kreisverwaltung, damit diese wichtige Querschnittsaufgabe auch adäquat besetzt werden konnte
- Kreisweite Einführung eines „Wanderknotensystems“ mit der Möglichkeit, individuelle Routen, teilweise online, zusammenstellen zu können und somit dem hohen Stellenwert der Naherholung und der Freizeitgestaltung in der Natur gerechter zu werden
- Unterstützung bei der Digitalisierung der Kreisverwaltung – nachdem wir bereits vor Jahren die Einführung eines kreisweiten Bürgerportals und die Entwicklung einer Digitalstrategie u. a. mit der flächendeckenden Versorgung der Gewerbe- und Industriegebiete sowie der Wohngebiete und kreiseigenen Schulen mit einem Glasfasernetz beantragt haben

Wir alle sind hier, um das Beste für den Kreis Heinsberg zu erreichen und um etwas zu bewegen. Und trotz aller vorgenannten Widrigkeiten sind wir hier auf einem sehr guten Weg; der Kreis Heinsberg ist zum Glück immer noch in der Lage, in wichtigen Bereichen zu investieren.

Im Rahmen des Digitalpakts Schule wurden in den Jahren 2020-2024 inkl. Eigenanteilen beinahe 6,5 Mio. € investiert. Damit ist es gelungen, die ohnehin seit Jahren vorangetriebene Digitalisierung der acht kreiseigenen Schulen weiter auszubauen und auf ein sehr gutes Niveau zu heben. Insgesamt werden an den acht kreiseigenen Schulen zurzeit 296 interaktive Tafeln,

171 Beamer, 1.396 Displays, 2.016 iPads und 1.191 Laptops genutzt. Mit weiterer IT-Ausstattung wie Routern, Server, PCs, Scannern und Druckern weist die Statistik der Verwaltung insgesamt 8.684 Hardwarekomponenten in Betrieb, Wartung und Support aus – das ist ein Alleinstellungsmerkmal nicht nur in unserer Region. Wie wir diesen hohen Standard jedoch in Zukunft aufrechterhalten können ist aktuell fraglich – eine Anschlussfinanzierung durch weitere Fördergelder ist nicht erkennbar und im Ergebnis heißt das wohl, dass die zukünftige Digitalisierung (mit Ersatzanschaffungen und Aktualisierungen) voll und ganz zu Lasten der kommunalen Finanzen gehen wird.

Bei den Schulen beträgt das Investitionsvolumen 2025-2028 insgesamt 34,9 Mio. €, wobei im Jahr 2025 u. a. folgende Schwerpunkte geplant sind:

- Janusz-Korczak-Schule Heinsberg: Neubau Gymnastikhalle 3,5 Mio. €
- Floßbachschule Gerderath: Neubau Schule 6,8 Mio. € und Neubau Sporthalle 700 T€
- Berufskolleg Erkelenz: Erweiterung Fachräume 1.665 Mio. €
- Kreisgymnasium: Erneuerung Heizungsanlage 500 T€

Um das deutlich zu sagen: Bildungsausgaben zu erhöhen ist keine Belastung, sondern eine notwendige und lohnende Investition in die Zukunft unseres Kreises.

Aber der Kreis Heinsberg investiert auch weiterhin in die Zukunft seiner ganz jungen Bürgerinnen und Bürger. Für den Neubau der geplanten Kindertagesstätte in Wassenberg sind bspw. für das Jahr 2025 zusätzlich 980 TEUR vorgesehen – insgesamt umfasst die Investition 4,891 Mio. €, wobei mit Fördermitteln von knapp 3,9 Mio. € gerechnet werden kann. Die Fertigstellung des Objektes können wir im Jahr 2026 erwarten.

Es ist wichtig, nicht nur in Steine zu investieren, sondern auch Kindern und Eltern verlässliche Angebote zu machen. In Zeiten, in denen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie immer wichtiger wird, stehen Eltern vor der Herausforderung, den Bedürfnissen ihrer Kinder bzw. Unternehmen vor der Herausforderung, den Bedürfnissen ihrer Mitarbeitenden gerecht zu werden. Betriebliche bzw. betrieblich unterstützte Kinderbetreuung bietet eine mögliche Lösung und wir sind froh und dankbar, dass unser CDU-Antrag „Fachkräftesicherung durch Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ am 18. Februar nächsten Jahres in Form einer Informationsveranstaltung mit Leben gefüllt wird. In Kooperation zwischen dem Kreis Heinsberg, der WfG und dem Kompetenzzentrum Frau und Beruf im Region Aachen Zweckverband (RAZV) wird die Frage aufgeworfen, ob die betriebliche Kinderbetreuung einen

nachhaltigen Mehrwert bedeutet und es wird aufgezeigt, welche Modelle existieren und wie sie sich – bspw. an dem Erfolg der Lambertus gGmbH in Hückelhoven veranschaulicht – in der Praxis umsetzen lassen.

Wir sind als CDU-Fraktion davon überzeugt, dass - ergänzend zu den öffentlichen Angeboten – auch Unternehmen besonders zielgenau und mit vielfältigen Mitteln dazu beitragen können, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für ihre Beschäftigten zu verbessern. Ein unternehmerischer Beitrag zur Kinderbetreuung ist eine Investition und kein Kostenfaktor, denn durch motivierte und engagierte Beschäftigte werden Marktchancen eröffnet und die eigene Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Informationen hierzu liegen jedoch vielfach nicht vor oder sind nicht bekannt, daher müssen wir die gegebenen Möglichkeiten und Wege aufzeigen.

Apropos Wege – für den Straßenbau sieht das Investitionsvolumen für die Jahre 2025-2028 insgesamt 9,5 Mio. € vor, davon allein für Radwege 3,2 Mio. €. Verkehrswege spielen als leistungsfähige und wirtschaftliche Infrastruktur eine wichtige Rolle für das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region – sie gewährleisten die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Sicherung der Standortqualität für die Wirtschaft. Umso ärgerlicher ist die weiterhin offene Frage, ob und wann die notwendigen Landstraßen für das geplante Industriegebiet „FutureSite InWest“ in Lindern realisiert werden. Wir teilen die Kritik unseres Landrates am NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer von Bündnis 90/ Die Grünen, der eine „fast schon ideologische Haltung“ und „fast schon eine Verweigerungshaltung gegenüber neuen Straßen“ an den Tag legt. Unser Landrat hat es auf den Punkt gebracht: „Mit Radwegen allein werden wir die Wirtschaft unseres Landes nicht ankurbeln“.

Apropos ankurbeln

Die Umsetzung des Projektes „PV-Anlagen Deponiegelände Rothenbach“ läuft nun auf vollen Touren: Bereits im Jahre 2011 haben wir einen Fraktionsantrag mit dem Ziel gestellt, die Eignung und Bereitstellung von Flächen zur Installation von Photovoltaikanlagen auf den Deponien Wassenberg-Rothenbach und Gangelt-Hahnbusch zu prüfen.

Heute, fast 14 Jahre später, haben wir das Ziel endlich erreicht. Der Startschuss für eine der größten Photovoltaik-Anlagen in NRW wird bald erfolgen, mit dem ersten Teil mit einer Fläche von rund 15 Hektar und fast 30.000 Photovoltaik-Modulen mit einer Leistung von rund 17 Megawatt Peak. Ein Meilenstein beim Ausbau regenerativer Energien im Kreis Heinsberg.

Zusätzlich werden rund weitere 8 Hektar voraussichtlich 2026 „PV-ready“ sein. Der auf dieser Fläche erzeugte Strom soll für Zwecke der Wasserstoffwirtschaft (Projekt H2HS) verwendet werden. Hierdurch sollen Synergieeffekte mit dem Projekt „Wasserstoffmodellregion“ erzielt werden; auch hierzu hatten wir wie bereits erwähnt als CDU-Fraktion im April 2022 einen Antrag gestellt. Als wir damals deutlich gemacht haben, dass wir die Wasserstoffkompetenzen unserer Region bündeln und damit zur Wasserstoff-Modellregion werden wollen, haben wir das mit der Zielsetzung verbunden, unsere Region klimaneutral zu gestalten und uns zugleich eine weitgehende energiepolitische Unabhängigkeit zu erarbeiten.

Wir wollten damals weitere Akteure und Unterstützer aus unseren zehn Städten und Gemeinden beteiligen, damit wir ein umfassendes Wasserstoff-Energieversorgungssystem für das gesamte Kreisgebiet realisieren. Wenn wir heute sehen, was auf Initiative der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Heinsberg und mit Unterstützung des Kreises mit dem Pilotprojekt H2HS ins Leben gerufen wurde und mit der Beteiligung der Kommunen am Grünstrom-Portfolio im Kreis Heinsberg auf den Weg gebracht wurde, dann können alle Beteiligten stolz auf das bisher erzielte Ergebnis sein.

Und dass wir diese Wasserstoffkompetenzen im Kreis Heinsberg haben, das wurde letzten Freitag auch durch eine Pressemitteilung der Landesregierung deutlich. „Wasserstoff made in NRW: Land und Bund fördern Serienproduktion für Elektrolyseure im Rheinischen Revier“, war die Überschrift. Weiter hieß es: „In Nordrhein-Westfalen geht ein weiteres wichtiges Vorhaben zum Aufbau der Wasserstoffwirtschaft an den Start. Das im Rheinischen Revier ansässige Familienunternehmen Neuman & Esser wird mit dem Projekt MAPEVA [...] eine Serienproduktion in Übach-Palenberg bei Aachen aufbauen. [...] Bundes- und Landesregierung fördern das Projekt mit 26 Millionen Euro.“

Elektrolyseure hergestellt in Übach-Palenberg. Lokal produzierter grüner Wasserstoff in Oberbruch, der wiederum für WestVerkehr und Betriebe in der Region eingesetzt wird bzw. eingesetzt werden kann. Vor Ort hergestellt und verbraucht, das ist gelebte Nachhaltigkeit und effektiver Umweltschutz!

Nachhaltigkeit liegt in der DNA der CDU. Denn es geht darum, Umwelt und Klima im Kontext von Wirtschaft und Sozialem zu betrachten – einen Dreiklang herzustellen.

Ganz im Sinne unserer Maxime: Erst der Kreis, dann mit großem Abstand Partei und Person lade ich Sie liebe Kolleginnen und Kollegen im Kreistag herzlich ein, gemeinsam mit uns zu

gestalten und aktiv an der Entwicklung unserer Region mitzuarbeiten, um die vielen positiven Veränderungen, die wir erreichen können, voranzutreiben.

Zusammenfassend möchte ich zum Ausdruck bringen:

Auch dieser Haushalt trägt die deutliche Handschrift der CDU: **Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2025 zu!**

Ich habe es bereits letztes Jahr gesagt, in Krisenzeiten werden Stärken sichtbar. Ich danke dem Landrat, dem Kreiskämmerer und der gesamten Verwaltung für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit. Bitte nehmen Sie – stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – unseren Dank entgegen.

Ich danke auch den Fraktionen im Kreistag für die konstruktive und gute Zusammenarbeit hier im Kreistag sowie in den Ausschüssen. Abschließend bedanke ich mich bei unseren Mitarbeitern in der Fraktionsgeschäftsstelle für deren Unterstützung, den Gästen für ihr politisches Interesse sowie bei der Presse für die regelmäßige Begleitung in unseren Sitzungen über das gesamte Jahr und bereits jetzt für die faire und sachliche Berichterstattung in der Vergangenheit und in den nächsten Tagen.

Ich wünsche Ihnen allen frohe und besinnliche Weihnachtstage und alles erdenklich Gute für das kommende Jahr 2025!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Harald Schlößer
Fraktionsvorsitzender